

LIBERAL .NRW

02
19

A stylized, high-contrast portrait of Walter Scheel, a German politician. The image uses a limited color palette of yellow, blue, and magenta against a white background. The portrait is rendered in a graphic, almost stencil-like style with bold outlines and flat colors. He is shown from the chest up, wearing a dark suit jacket, a white shirt, and a magenta tie. His hair is styled in a classic, wavy manner.

WALTER SCHEEL

PATRIOT, REFORMER
UND WELTBÜRGER

Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen

NEUE IDEEN

Parteiprogrammatisches
Wochenende der FDP NRW

ENERGIESTRATEGIE

Versorgungsstrategie
für die Zukunft

KIBIZ

Meilenstein für
Kinder und Familien

Liebe Leserinnen und Leser,

auf die Europawahl im Mai blicken wir mit gemischten Gefühlen zurück: Einerseits freuen wir uns, dass wir unser Ergebnis ausbauen konnten und mit unserem Parteifreund Moritz Körner wieder ein liberaler Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen dem Europäischen Parlament angehört. Aber bedauerlicherweise konnten wir einige unserer Anhänger nicht davon überzeugen, am Wahltag ihre Stimme für uns abzugeben und nicht ausreichend von der Schwäche der GroKo-Parteien profitieren. Ich glaube: Gerade dann, wenn so viele junge und urbane Menschen sowohl der CDU als auch der SPD den Rücken kehren, müssen wir als weltoffene und optimistische Partei stärker davon profitieren. Insbesondere in unserem Stil und in unseren Inhalten müssen wir als Freie Demokraten insgesamt also wieder an die Erfolge unseres progressiven Kurses von 2017 anknüpfen.

In Nordrhein-Westfalen nähern wir uns der Halbzeit dieser Legislaturperiode. Da sehen wir den eindeutigen Kontrast zur Großen Koalition in Berlin: Während diese verwaltet und keine großen Themen mehr angeht, arbeitet die NRW-Koalition fleißig und in fairer Partnerschaft an einer Modernisierung Nordrhein-Westfalens.

Joachim Stamp hat vor der Sommerpause die große KiBiz-Reform in den Landtag eingebracht, die jährlich rund 1,3 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in die Kindertagesbetreuung und unter anderem große Qualitätsverbesserungen bei frühkindlicher Bildung und flexiblere Öffnungszeiten und damit auch mehr Selbstbestimmung für junge Eltern ermöglicht. Yvonne Gebauer hat mit dem vollzogenen Wechsel und der Schaffung der rechtlichen Grundlagen für G9 die Gymnasien in NRW befriedet und dafür gesorgt, dass nicht länger Strukturdiskussionen, sondern wieder die Bildung im Mittelpunkt steht – und geht hier mit der Schaffung der Talentschulen als Leuchttürme für Chancengerechtigkeit bereits voran. Und Andreas Pinkwart führt seine Linie fort: Mit dem angekündigten Entfesselungspaket für das Rheinische Revier legt er den Grundstein für eine Beschleunigung des notwendigen Strukturwandels. Tempo prägt auch seinen Einsatz für Startups wie etablierte Unternehmen.

Mit diesen Erfolgen im Rücken sollten wir selbstbewusst die weitere Regierungsarbeit in NRW angehen – denn es gibt noch viel zu tun!

Ihr


johannes-vogel.de[facebook.com/
johannesvogel](https://facebook.com/johannesvogel)[twitter.com/
johannesvogel](https://twitter.com/johannesvogel)[instagram.com/
johannesvogel](https://instagram.com/johannesvogel)**JOHANNES VOGEL**

Generalsekretär der FDP NRW

IMPRESSUM**Herausgeber:**FDP-Landesverband NRW und
FDP-Landtagsfraktion NRW**Redaktion:**verantwortlich für Inhalt und Seiten des
Landesverbandes: Mirco Rolf-Seiffert;
verantwortlich für Inhalt und Seiten der
Landtagsfraktion: Nadja Kremser**Anschrift der Redaktion:**FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus,
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
nrw@fdp.de;
FDP-Landtagsfraktion NRW,
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
fdp-fraktion@landtag.nrw.de**Verlag:**

Liberaler Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH

Gestaltungskonzept, Layout und Satz:LOCKVOGEL – Werbenest Hamburg,
Hütten 82, 20355 Hamburg**Gedruckt auf:**Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA**Druck und Produktion:**Beisner Druck GmbH & Co. KG,
Müllerstr. 6, 21244 Buchholz**FÜR UNSERE ZUKUNFT**Die LIBERAL.NRW wird
aus nachhaltigen Papier-
produkten hergestellt.Unsere Papierauswahl ist
FSC®-zertifiziert.**UND WAS BEDEUTET DAS?**Weitere Informationen rund um das
Thema FSC®-Zertifizierungen können
Sie online nachlesen unter:www.fsc-deutschland.de

EIN MEILENSTEIN FÜR DIE FRÜHKINDLICHE BILDUNG



LANDTAGSFRAKTION

KIBIZ

Der Landtag hat den Gesetzentwurf zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung in erster Lesung beraten. Mit der Gesetzesnovelle werden die Kindertagesstätten zukunftsfit finanziert, die Qualität der Bildung verbessert und die Familien wirksam entlastet. Der familienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Marcel Hafke: „Das ist ein Meilenstein für die Familien und Kitas in unserem Land.“

Es ist das Ziel der Freien Demokraten im Landtag, allen Kindern in NRW von klein auf die Chance auf beste Bildung und einen erfolgreichen Start ins Leben zu bieten. „Der Gesetzentwurf zum neuen KiBiz ist dafür ein wichtiger Schritt. Joachim Stamp ist innerhalb von nur zwei Jahren gelungen, was die rot-grüne Vorgängerregierung sieben Jahre lang verschleppt hat: Die NRW-Koalition reformiert das Kinderbildungsgesetz grundlegend“, sagt Marcel Hafke.

Das Gesetz sieht ab dem Kitajahr 2020/21 Investitionen von zusätzlich 1,3 Milliarden Euro pro Jahr in die frühkindliche Bildung vor. Durch eine dynamische Anpassung sorgt die FDP in Regierungsverantwortung dafür, dass Kindertagesstätten für die Zukunft dauerhaft auskömmlich finanziert sind. „Durch die Untätigkeit von Rot-Grün waren Kita-Träger in finanzielle Notlagen geraten. Mit dem Indexmodell werden die Pauschalen der Preisentwicklung angepasst. Damit sorgen wir für die Zukunft vor“, sagt Marcel Hafke. Zudem erhalten die Kommunen eine Platzausbaugarantie: Jeder Platz, der benötigt wird, wird vom Land auch gefördert.

Beste Bildung braucht motivierte und gut ausgebildete Fachkräfte. Deshalb wird mit dem neuen KiBiz die Erzieher- und Er-

zieherinnenausbildung gestärkt. „Die Ausbildungskapazitäten werden ausgeweitet, wir schaffen neue Schulstandorte und die praxisintegrierte Ausbildung wird finanziell stärker gefördert“, sagt Hafke. Zudem werden mehr Freiräume im Kita-Alltag zur Anleitung der Nachwuchskräfte geschaffen. Um den Fachkräftebedarf schnellstmöglich zu decken, sollen auch der qualifizierte Quereinstieg und Weiterbildungen weiter gestärkt werden.

Ein weiteres beitragsfreies Jahr entlastet zusätzlich die Familien in NRW. „Wir wollen, dass Eltern Familie und Beruf besser vereinbaren können. Dafür sind gute Betreuungsangebote unglaublich wichtig. Die finanzielle Entlastung ist ein weiterer Beitrag zur Stärkung der Familien“, sagt Hafke.

Das parlamentarische Verfahren steht am Anfang. „Die Kinder und ihre Chancen auf beste Bildung stehen für uns im Mittelpunkt des KiBiz. Deshalb werden wir auch in den nächsten Wochen und Monaten weiterhin den Austausch mit Verbänden und Organisationen, mit Eltern sowie mit Erzieherinnen und Erziehern suchen.“ ■

„WIR SIND DEM ERBE WALTER SCHEELS VERPFLICHTET“

Am 8. Juli 2019 wäre Bundespräsident a. D. **Walter Scheel** 100 Jahre alt geworden. Im Rahmen einer Festveranstaltung im Landtag NRW würdigte ihn Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und Landesvorsitzender der FDP NRW. Im Folgenden ist seine Rede in gekürzter und leicht angepasster Form wiedergegeben:

„Heute wäre Walter Scheel 100 Jahre alt geworden. Und betrachten wir seine Lebenslust und Leidenschaft, dann hätte er heute sicher gerne mitgefeiert.

Lassen Sie mich auf drei Facetten blicken: Auf den Patrioten Walter Scheel, auf den gesellschaftlichen Reformen und auf den europäischen Weltbürger.

Walter Scheel war Patriot, aber kein Nationalist. Eine Unterscheidung, die heute aktueller denn je ist. Er hat seinem Land gedient, in unterschiedlichsten Staatsämtern, als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und als Außenminister und ganz besonders als Bundespräsident.

Walter Scheel – Angehöriger der Wehrmachtsgeneration – gehörte zu denjenigen, die bereit waren, aus der Geschichte zu lernen. Neu



aufzubauen, aber nicht nur die materiellen Trümmer zu beseitigen, sondern auch die geistigen.

Er arbeitete zunächst im Stadtrat, dann im Landtag, später im Bundestag und Europaparlament am Aufbau der Demokratie.

Und das war keine Selbstverständlichkeit, gab es doch nicht wenige, die versuchten, gerade die FDP in NRW zum Auffangbecken nationalistischen oder gar nationalsozialistischen Gedankenguts zu machen.

Ich hatte gerade erst Gelegenheit, mit Gerhart Rudolf Baum darüber zu sprechen, wie schwer diese Nachkriegszeit für die fortschrittlichen jungen Leute war, wie alte Nazis versuchten, diesen demokratischen Aufbruch zu torpedieren. Umso wichtiger war es, dass Charaktere wie Walter Scheel mit ihrer Haltung vorangingen. Wer sein Land liebt, überhöht es nicht. Und so hat der Verfassungspatriot Walter Scheel auch das eigene Land nicht überhöht.

Im Gegenteil: Er hat sich gegen völkisches Denken verwahrt und sich mutig für die offene Gesellschaft ausgesprochen. Das gilt auch in diesen Tagen: Auch wir müssen uns bekennen als Verfassungspatrioten und dieses, unser Land verteidigen, gegen Rassisten und Nationalisten und alle, die unsere offene Gesellschaft zerstören wollen.

Nach den erfolgreichen Jahren des materiellen Wiederaufbaus und des geistigen Neubaus der jungen Republik lag es Politikern wie Walter Scheel fern, den Status Quo bewahren zu wollen.

Zunächst stand eine auf Entspannung orientierte Außen- und Deutschlandpolitik im Vordergrund. Aber auch gesellschaftspolitisch veränderte sich die FDP. Die Wahl Walter Scheels 1968 zum Bundesvorsitzenden der FDP war dann auch ein sichtbarer Wendepunkt für die Freien Demokraten hin zu einer fortschrittlichen Reformpartei.

Er selbst hat einmal gesagt: *„Es gibt dem Fortschritt aufgeschlossene Leute, und das sind unsere Leute.“*

Dieser Fortschrittsgeist prägte auch die Freiburger Thesen 1971, für die Walter Scheel neben Werner Maihofer und Karl-Herrmann Flach wesentlich Verantwortung trug. Die Freiburger Thesen haben Freiheit als Chance und die Lebenschancen jedes Einzelnen in den Vordergrund gerückt. Sie haben aber auch unsere Verantwortung für die Lebensgrundlagen und eine intakte Umwelt unterstrichen.

Und so ist der Reformator Walter Scheel auch heute notwendiger Impuls für unsere Partei: als Partei der individuellen Chancen im Zeitalter von Digitalisierung und Globalisierung, als Partei der Verantwortung für unsere Lebensgrundlage und internationale Verständigung.

Walter Scheel war ein europäischer Weltbürger, ein Visionär mit Blick auf eine zunehmend globalisierte Welt und auf die Rolle und Verantwortung Deutschlands.

Als Außenminister hat Walter Scheel gemeinsam mit Bundeskanzler Willy Brandt mit der neuen Ostpolitik ein neues Kapitel der deutschen Geschichte auf dem Weg zur Wiedervereinigung aufgeschlagen. Neben anderen gehört Walter Scheel damit zu den Persönlichkeiten, die die Deutsche Einheit ermöglicht haben.

Und auch die Europäische Einigung lag dem überzeugten Europäer Scheel, der als einziger FDP-Bundestagsabgeordnete für die Römischen Verträge stimmte, am Herzen. Und man könnte es nicht besser formulieren, als Walter Scheel es selbst getan hat: *„Einen wir Europa aus Einsicht und mit freiem Willen. Es ist die schönste, die lohnendste historische Aufgabe, die uns in unserer Geschichte gestellt wurde.“*

Und wie kleinmütig ist es, wenn Europäer nicht in der Lage sind, gemeinsam Seenotrettung und Bekämpfung der Schlepperkriminalität in die Hand zu nehmen. Ein Optimist wie Walter Scheel würde an dieser Stelle nicht so schnell resignieren. Und darum müssen wir als Liberale auch weiter kämpfen für eine faire, geordnete und humane, gemeinsame europäische Migrationspolitik.

Walter Scheel hat vorgelebt, dass man mit Lebensfreude andere Menschen für die Sache gewinnen kann. Und auch das gilt als Richtschnur: Weniger Panik und Hysterie, mehr Optimismus und Zuversicht für gute Lösungen und Visionen.

Ohne Walter Scheel und seinen leidenschaftlichen Einsatz wäre die Bundesrepublik Deutschland heute ein anderes Land. Er hat unser Land als Liberaler ganz wesentlich mitgeprägt und zwischen Anekdoten, Lebensfreude und Zielstrebigkeit immer nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle unseres Landes gehandelt.

Wir sind dem Erbe Walter Scheels gerade hier in Nordrhein-Westfalen besonders verpflichtet. Vor allem spornt uns aber Walter Scheels Haltung zur Politik an: Mit Optimismus an die Sache heranzugehen und nicht sich selbst, sondern die Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen.

Für diese Inspiration bleiben wir dem Verfassungspatrioten, dem leidenschaftlichen Reformator und weltoffenen Europäer Walter Scheel für immer dankbar. ■



Die gesamte Rede finden Sie hier:





EUROPAS MITTE GESTÄRKT

Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union haben bei der Wahl im Mai die politische Mitte gestärkt. Die gute Nachricht: Keine Fraktion im EU-Parlament gewann mehr Sitze hinzu als die liberale und auch dadurch gibt es erstmals keine Mehrheit für eine große Koalition in Brüssel.

In Nordrhein-Westfalen fiel der Startschuss zum Europawahlkampf 2019 schon rund drei Monate vor der Wahl. Das jährliche Skill Camp widmete sich in einer Europa-Edition nochmals den Fähigkeiten, die dabei helfen, die liberalen Botschaften möglichst weit zu verbreiten. In der heißen Wahlkampfphase gingen die Freien Demokratinnen und Demokraten in ganz NRW auf Tour. Neben Wahlkampfkundgebungen waren Bürgerinnen und Bürger auch zu einem neuen und innovativen Format eingeladen: Unter dem Motto „Politik & Pizza“ ging es in lockerer Atmosphäre um die freideмократischen Ideen für Europa, während alle Besucherinnen und Besucher sich mit Snacks und Getränken stärken und ihre Fragen stellen konnten.

Für eine pro-europäische Partei durfte eine gemeinsame Wahlkampfaktion mit den liberalen Schwesterparteien aus den Nachbarstaaten Niederlande und Belgien nicht fehlen, sodass sich die FDP NRW mit ihnen für „ein Europa der Chancen statt ein Europa der Grenzen“ stark machte. Beim Wahlkampf-Finale in Bonn erklärte der Vorsitzende der FDP NRW, Joachim Stamp: „Wir müssen die Europäische Union besser machen, aber nicht kaputt.“

Die FDP kämpfte für ein freies Europa und gegen die Extremisten von links und rechts.

Bei der Wahl entschieden sich mehr als zwei Millionen Menschen in Deutschland für die FDP, die somit ihre absolute Stimmenanzahl im Vergleich zu 2014 mehr als verdoppeln konnte. In NRW lag die FDP mit 6,7 Prozent der Stimmen bei der Europawahl klar über dem FDP-Bundesergebnis von 5,4 Prozent. Nur in Baden-Württemberg, wo am gleichen Tag Kommunalwahlen stattfanden, schnitt die FDP auf Landesebene mit 6,8 Prozent etwas besser ab. Die Freien Demokraten sind nun mit fünf Abgeordneten im Europaparlament und der liberalen Fraktion mit dem neuen Namen „Renew Europe“ vertreten. Dazu gehört mit Moritz Körner auch wieder ein Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen – die zweite gute Nachricht der Wahl aus Sicht der FDP NRW.

Zur Bilanz der Europawahl gehört aber auch, dass die FDP zwar hinzugewinnen konnte, viele Wählerinnen und Wähler, die bei der Bundestagswahl noch die Freien Demokraten unterstützt haben, aber zu Hause geblieben sind. Insgesamt ist die FDP damit unter den Möglichkeiten geblieben. Das gilt es nun weiter zu analysieren. ■



Gemeinsame Wahlkampf-Aktion mit liberalen Freundinnen und Freunden aus den Niederlanden und Belgien in Aachen, Motto: „Ein Europa der Chancen statt ein Europa der Grenzen.“

FDP NRW auf Tour vor der Europawahl; u.a. mit „Politik & Pizza“ und dem Wahlkampf-Finale in Bonn



Moritz Körner,
Europaabgeordneter der FDP NRW
in der liberalen
Fraktion „Renew
Europe“



3 Fragen an... Moritz Körner!

Seit Juli heißt es für Sie EU-Parlament statt NRW-Landtag. Was überwiegt – Vorfreude oder Abschiedsschmerz?

Körner: Natürlich blicke ich mit viel Demut auf meine Aufgaben im Europäischen Parlament. Der Abschiedsschmerz ist aber sehr stark. Ich hatte damit gerechnet, im Landtag viele kompetente Kollegen kennenzulernen. Ich hatte aber nicht erwartet, dass so viele von ihnen auch enge Freunde von mir werden.

Wie bewerten Sie die ersten Entscheidungen, die das neu gewählte Europäische Parlament getroffen hat?

Körner: Die erste große Entscheidung war die Zustimmung zur Wahl von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin. Die Entscheidung war nicht einfach. Der Nominierungsprozess war falsch. Das Parlament hatte jedoch keinen Alternativplan und keinen Gegenkandidaten, der über mehr Unterstützung verfügt hätte. Ursula von der Leyen ist heute der kleinste gemeinsame Nenner. Es liegt an ihr, in den kommenden Jahren etwas Großes daraus zu machen.

Was sind die dringendste Herausforderungen der EU, die sie nun angehen muss?

Körner: Ganz klar: Wirtschaft stärken, Klimawandel, Migration, Bürgerrechte und Terrorismusbekämpfung. Ich freue mich darauf, als innenpolitischer und haushaltspolitischer Sprecher der FDP im EP vom ersten Tag an an den Lösungen für diese Herausforderungen mitzuarbeiten. ■

LANDESVERBAND

PPW

Neue Ideen für das Land

Eine Mitmach-Partei lebt von den Ideen ihrer Mitglieder: Wie sehr dieser Satz stimmt, wird beim Parteiprogrammatischen Wochenende der FDP NRW besonders deutlich.

Nach der erfolgreichen Premiere im vergangenen Jahr ging das PPW in Gummersbach am 28. und 29. Juni in die zweite Auflage: Auch in diesem Jahr trafen sich rund zweihundert kluge und engagierte Köpfe, um in den Landesfachausschüssen neue Ideen zu diskutieren und die Programmatik weiterzuentwickeln. „Zu unserer Partei gehören so viele Mitglieder mit unterschiedlicher Expertise – es macht immer wieder besonderen Spaß, wenn dieses Know-how bei unseren Veranstaltungen zusammenkommt“, so Angela Freimuth, stellvertretende Landesvorsitzende, und Johannes Vogel, Generalsekretär der FDP NRW, bei der Begrüßung. Auch der Landesvorsitzende der FDP NRW und stellvertretende Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Joachim Stamp, unterstrich: „Ich freue mich über viele wertvolle Impulse, die unsere Arbeit weiter voranbringen!“

Neben der inhaltlichen Arbeit in den Landesfachausschüssen und Arbeitskreisen bot der Vortrag von Gastredner Karl-Heinz Land zur Digitalisierung und den Auswirkungen der digitalen Transformation auf die unterschiedlichen Lebensbereiche spannende Impulse. Beim abendlichen BBQ gab es dann die Gelegenheit zum gemeinsamen Gedankenaustausch und Netzwerken.

Zum Abschluss des PPW unterstrich Johannes Vogel mit Blick auf alle Mitglieder, die sich ebenfalls gerne inhaltlich einbringen und das Land mit neuen Ideen voranbringen wollen: „Unsere Landesfachausschüsse freuen sich über weitere Spezialisten für die unterschiedlichsten Themen. Melden Sie sich an und machen Sie mit!“ ■



fdp.nrw/lfa

HOCHSCHULEN ERHALTEN IHRE FREIHEIT ZURÜCK

Mehr Freiheit für Forschung, mehr Selbstbestimmung für die Hochschulen, bessere Bedingungen für Lehre und Studium – das sind die Kernpunkte der Novelle des Hochschulgesetzes, die jetzt vom Landtag beschlossen wurde und die zum Wintersemester 2019/20 in Kraft tritt.

Die Hochschulfreiheit wird wiederhergestellt. Das war für die FDP-Landtagsfraktion ein Kernanliegen der Hochschulpolitik. Die nordrhein-westfälischen Hochschulen erhalten ihre Autonomie, die die abgewählte rot-grüne Vorgängerregierung massiv beschnitten hat, zurück. „Unnötige Reglementierung und Detailsteuerung durch das Land werden beendet. Die Beziehung zwischen dem Land und den Hochschulen wird wieder auf ein partnerschaftliches Fundament gestellt“, erklärt die hochschulpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Daniela Beihl.

Die Hochschulfreiheit ist ein Erfolgsmodell. 2007 wurde den Hochschulen unter dem damaligen Innovationsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart ein Höchstmaß an Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit eingeräumt. Gleichzeitig wurde die staatliche Hochschulfinanzierung verlässlich gestaltet. In der Folge ging ein massiver Innovations- und Modernisierungsschub durch die Hochschullandschaft und die NRW-Hochschulen holten im nationalen und internationalen Wettbewerb auf. Heute gibt es 14 Exzellenzcluster und 2 Exzellenz-univers in NRW.

Die Gesetzesnovelle entwickelt diese Hochschulfreiheit weiter. Ein Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre und der Verringerung der Abbruchquoten. Dafür

werden innovative Instrumente wie Studienverlaufsvereinbarungen eingeführt. Die Studierenden sollen durch mehr digitale Lehrangebote mehr Zeitautonomie erhalten. Zugleich räumen wir aber Hochschulgremien, in denen Studierende vertreten sind, die Möglichkeit ein, für einzelne, auf Diskurs ausgelegte Veranstaltungen, Präsenzplichten einzuführen. „Wir vertrauen darauf, dass die Hochschulen mit dieser Möglichkeit maßvoll im Sinne der Studierenden und Lehrenden umgehen werden.“

Fachhochschulabsolventen erleichtern wir mit dem Gesetz den Zugang zu Promotionsmöglichkeiten. Daniela Beihl erklärt: „Mit der Weiterentwicklung des Graduierteninstituts NRW hin zu einem Promotionskolleg für angewandte Wissenschaften beschreiten wir einen mutigen Weg, der die Möglichkeiten zur Promotion für Studierende der Fachhochschulen erleichtert. Die Qualität der Promotionen wird durch eine Begutachtung durch den Wissenschaftsrat sichergestellt.“

Zudem wird Bürokratie abgebaut. Die Bauherreneigenschaft zum Beispiel wird an die Hochschulen übertragen. Notwendige Erweiterungen und Baumaßnahmen werden dadurch künftig beschleunigt. Darüber hinaus vereinfachen wir das Gründen während des Studiums, indem die Möglichkeit von Urlaubssemestern im Gesetz verankert wurde. ■



LANDTAGSFRAKTION

DANIELA BEIHL

Neue Abgeordnete in der Fraktion

Daniela Beihl wurde am 27. Juni als neue Abgeordnete für die FDP-Fraktion in Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Sie folgt auf Moritz Körner, der sein Mandat als Landtagsabgeordneter niedergelegt hat und für die FDP ins Europaparlament eingezogen ist. Daniela Beihl übernimmt die Aufgabe der Fachsprecherin für den Bereich Hochschule und ist zudem Obfrau im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Fall Amri.

„Ich freue mich auf die Aufgabe und die Chance, unser Land mitzugestalten. Der ländliche Raum bekommt jetzt eine weitere Stimme in Nordrhein-Westfalen“, erklärt die Politikwissenschaftlerin aus Minden-Lübbecke. Die 34-Jährige engagiert sich bereits seit 2006 in der FDP. ■



Ein wirksamer Klimaschutz ist weiterhin eines der zentralen Themen der politischen Debatte dieser Tage. Bereits beim Landesparteitag am 6. und 7. April in Duisburg haben die Freien Demokraten NRW mit dem Beschluss des Leitantes des Landesvorstandes eine klare Positionsbestimmung vorgenommen:

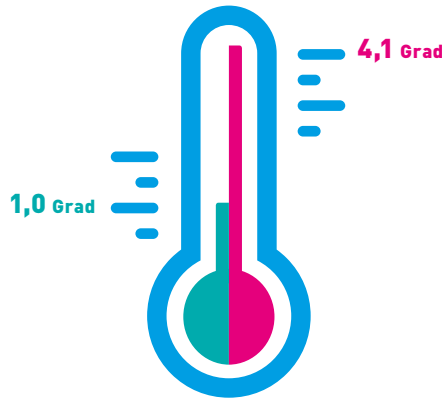
Als Anwalt für Generationengerechtigkeit sehen wir Freie Demokraten es als unsere Verantwortung an, nachfolgenden Generationen einen intakten Planeten zu hinterlassen und deshalb Umwelt und Natur vor irreversiblen Schäden zu bewahren. Eine zentrale Menschheitsaufgabe in diesem Jahrhundert ist daher der Klimaschutz. Und dazu stehen wir Freie Demokraten: Die Pariser Klimaziele verpflichten uns alle!



Erfinden statt verhindern!

Nur eine ehrliche Klimaschutzpolitik kann erfolgreich sein. Natürlich betreffen Maßnahmen zum Klimaschutz auch den individuellen Lebenswandel, insbesondere dann, wenn beispielsweise die CO₂-Bepreisung dazu führt, dass einzelne Konsumgüter,

Mobilitäts- oder Dienstleistungen teurer werden. Aber für uns Freie Demokraten ist klar: Die Maßnahmen müssen kompatibel mit dem modernen Leben sein und dem Leitbild der Innovation, nicht dem Leitbild des Verzichts folgen – andernfalls wird es keine weltweite Akzeptanz und kein global getragenes Vorgehen gegen den Klimawandel geben. ■



TEMPERATURANSTIEGSSZENARIEN BIS 2100 BEI GERINGEN UND HOHEN EMISSIONEN

Quelle: IPCC, Bezug Mittel 1986–2000

INNOVATIONEN IN ALLEN SEKTOREN:

- Unterstützung von Initiativen zur Umstellung auf eine treibhausgasneutrale Produktion
- Innovationsplattform Emissionsfreies Fliegen
- Einführung eines „Digitalen Deutschland-Tickets“
- dezentrale urbane Energielösungen
- Erforschung und Ausbau von Flexibilitäts- und Speichertechnologien
- Aufbau eines Reallabors „Wärmespeicher-Kraftwerk Store to Power“
- Smart-Home-Lösungen
- Smart-City-Konzepte

1.248 CO₂-EMISSIONEN
IN DEUTSCHLAND
IN MIO. TONNEN
1990

909
2016

543
Ziel 2030 laut Klimaschutzplan

Quelle:
Bundesregierung,
hier nach iwd

WIR FORDERN:

- Klimaschutz sektorübergreifend und marktwirtschaftlich durch Emissionshandel
- Eine Ausweitung des Emissionshandels – jenseits von Energie und Industrie durch die Einbeziehung der Bereiche Verkehr, Wärme und Landwirtschaft



Emissionshandel endlich umfassend wirksam machen – im Zweifel national vorausgehen

- Die Freien Demokraten stehen zur gemeinsamen Verantwortung für den Klimaschutz. Wir wollen dieses Ziel deswegen in unserer Verfassung verankern.



Internationaler Klimaschutz als Staatsziel ins Grundgesetz



Den vollständigen Beschluss des Landesparteitages finden Sie hier:



LANDTAGSFRAKTION
ENERGIESTRATEGIE

Energiestrategie ist Roadmap in die Zukunft

NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart hat den Landtag über die Energieversorgungsstrategie für die kommenden Jahren unterrichtet. Die Strategie setzt auf Innovation und Technologie statt auf Panik und Symbolpolitik. Der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion sieht die Strategie als geeignetes Mittel, um die großen Herausforderungen zu meistern und dabei Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit sicherzustellen.

Die Strategie sieht eine Reduzierung von CO₂-Emissionen im Energiesektor um bis zu 70 Prozent bis zum Jahr 2030 vor. Ab dem Jahr 2035 soll auf die Kohleverstromung möglichst komplett verzichtet werden. Damit steckt sich Nordrhein-Westfalen Ziele, die noch über den ambitionierten Bericht der Kommission für Wirtschaft, Strukturwandel und Beschäftigung hinausgehen. „NRW wird zum Vorreiter bei der Energiewende, ohne die sozialen Fragen von Beschäftigung und Bezahlbarkeit aus dem Blick zu verlieren“, sagt Brockes.

Die Energieversorgungsstrategie ist eine Roadmap in die Zukunft. Handlungsempfehlungen in 17 Feldern geben einen Fahrplan für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen vor, der Planungssicherheit schafft. Entscheidend ist die integrierte, sektorübergreifende Betrachtung, die nicht nur den Strom-, sondern auch den Wärme- und Verkehrsbereich umfasst. „Vom Ausbau der Wärmenetze für KWK, über Wasserstoff und Power to x bis zu virtuellen Kraftwerken und Stärkung der Prosumer enthält die Strategie alles, was für das Energiesystem der Zukunft relevant ist“, sagt Energieexperte Brockes.

Damit übernimmt das Land Verantwortung und bringt Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit und Bezahlbarkeit in Einklang. Dietmar Brockes: „Wir stehen ohne Frage vor enormen Herausforderungen. Die Pariser Klimaziele erfordern Anstrengungen auf allen Ebenen, gerade wenn Deutschland gleichzeitig aus Kernenergie und Kohleverstromung aussteigt. Das Energiekonzept ist eine sehr kluge, ausgewogene und verlässliche Entscheidung, die unseren Klima- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig stärken wird.“ Dabei muss und wird Nordrhein-Westfalen Energie- und Industrieland Nummer 1 bleiben.

Damit die Energiewende ein Erfolg wird und die weitgehende Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden kann, ist der Bund in der Pflicht. „Wir fordern den Bund auf, jetzt ebenfalls schnellstens die nötigen Schritte bei Netzausbau, Investitionsrahmen und Kohleausstieg auf den Weg zu bringen“, sagt Brockes. ■

LANDTAGSFRAKTION

SOMMERFEST

SOMMERFEST

der FDP-Landtagsfraktion

Mit rund 700 Gästen feierte die FDP-Landtagsfraktion ihr Sommerfest im Landtag Nordrhein-Westfalen. „Ich freue mich, dass so viele Gäste unserer Einladung gefolgt sind. Denn Politik lebt vom direkten Austausch“, betonte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche. Den Dialog suchten zahlreiche Vertreter von Verbänden aus allen gesellschaftlichen Bereichen, politische Freunde und Wettbewerber. Unter den Gästen war auch der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Lindner. „Es ist schön, mal wieder zu Hause zu sein. Ich bin stolz auf unsere Freunde

der Freien Demokraten hier in NRW. Was hier erfolgreich in die Zukunft investiert wird, wünschen wir uns in Berlin auch.“ Beim Sommerfest wurde nicht nur auf zwei erfolgreiche Jahre in Regierungsverantwortung zurückgeblickt. Es wurde auch der Startschuss für eine neue Initiative der FDP-Landtagsfraktion gegeben: „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“

Das Angebot an sicheren, gesunden und preiswerten Lebensmitteln ist heute in Deutschland so groß wie noch nie. Das ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Daher müssen neue Herausforderungen fest in den Blick genommen und zukunftsorientierte Lösungen entwickelt werden. „Wir setzen uns für optimale Rahmenbedingungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe, ein hohes Maß an Umwelt- und Artenschutz, Vielfalt auf dem Acker und auf dem Teller sowie Transparenz für mündige Verbraucherinnen und Verbraucher ein“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Henning Höne. Als Gastredner erläuterte Dr. Reinhard Pauw, Hauptgeschäftsführer des Rheinischen Landwirtschaftsverbands, dass die Landwirte in Nordrhein-Westfalen sich nicht nur für Produktion und Absatz interessieren, sondern sich auch für den Umweltschutz engagieren. „Sie sind offen für einen Wandel und neue Methoden, um gleichzeitig etwas für Ökologie und Ökonomie zu tun“, sagte Pauw.

Während in der Bürgerhalle des Landtags Kontakte geknüpft, in Erinnerungen geschwelgt und getanzt wurde, debattierten in einem Themenforum mehr als 100 Interessierte über die Zukunft der Landwirtschaft. Potenziale von Digitalisierung, Innovationen und Gründungen in der Landwirtschaft standen bei dem Forum mit Dr. Reinhard Pauw, Prof. Dr. Karin Schnitker von der Hochschule Osnabrück und dem Vorsitzenden des Fachzentrums Landwirtschaft der DLG e.V., Philipp Schulze Esking, sowie Markus Diekhoff, Sprecher für Landwirtschaft der FDP-Landtagsfraktion, im Mittelpunkt. Martin Schulze Steinmann, Chefredakteur des Wochenblatts für Landwirtschaft und Landleben, moderierte den lebhaften und fachkundigen Austausch. Die Initiative „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ setzt die FDP-Landtagsfraktion in den kommenden Monaten fort. ■



fdp.fraktion.nrw/gesund-es-essen



[youtube.com/
watch?v=z8YtoDmwoFI&t=00s](https://youtube.com/watch?v=z8YtoDmwoFI&t=00s)



**Gesundes Essen
Gesunde Umwelt
Gesunde Betriebe**



Gute Stimmung und anregende Gespräche beim Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion.

Sommertour

Bad Salzuflen, Mülheim, Siegen oder Steinfurt – bei der Sommertour der FDP-Landtagsfraktion haben Abgeordnete keine Wege gescheut, um mit den Bürgerinnen und Bürgern über die parlamentarische Arbeit der Fraktion im Landtag ins Gespräch zu kommen. Immer mit dabei unser auffällig beklebter Fraktions-Wagen. Auch nach Ende der NRW-Tour bleiben die 28 Abgeordneten Ansprechpartner für die Menschen in NRW.



LANDTAGSFRAKTION
SOMMERTOUR



LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // LÜGDE

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss „Kindesmissbrauch“

Der Landtag NRW hat auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zu den Missbrauchsfällen von Lügde eingesetzt. Der PUA soll alle Umstände des massenhaften Kindesmissbrauchs lückenlos aufklären. Das sind wir den Opfern und deren Angehörigen schuldig. Dabei sollen mögliche Fehler und Versäumnisse bei Jugendämtern, Polizei und Justiz sowie der zuständigen Ministerien beleuchtet werden, um für die Zukunft ähnlich schlimme Vorfälle zu vermeiden.

Die FDP-Landtagsfraktion hat Marcel Hafke, Fraktionsvize und familienpolitischer Sprecher, sowie Marc Lürbke, Fraktionsvize und innenpolitischer Sprecher, als ordentliche Mitglieder für den PUA benannt. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // BREXIT

We love UK



Der Brexit – wann immer er vollzogen wird – darf unsere exzellenten Beziehungen zu Großbritannien nicht schwächen. Im Gegenteil: Wir müssen diese unabhängig davon noch enger gestalten. Denn: „We love UK“. Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, hat in einem Gastbeitrag für die Rheinische Post vier konkrete Ideen in die politische Debatte eingebracht, wie der Zusammenhalt der beiden Länder auch im Falle des Brexits gestärkt werden kann: Ein parlamentarisches Europa-Stipendium des Landtags für junge Menschen, die Wiederbelebung und Stärkung von Städtepartnerschaften, die finanzielle Unterstützung von Sportvereinen bei Teilnahme an Wettbewerben und eine direkte Bahnverbindung zwischen Deutschland und Großbritannien. ■



[meinefraktion.de/
2019/05/13/we-love-uk-
vier-ideen-fur-die-zeit-
nach-dem-brexit](http://meinefraktion.de/2019/05/13/we-love-uk-vier-ideen-fur-die-zeit-nach-dem-brexit)



LANDTAGSFRAKTION

STRABENAUSBAUBEITRÄGE



DEUTLICHE ENTLASTUNGEN bei Straßenausbaubeiträgen

Die Straßenausbaubeiträge werden reformiert. Die FDP-Landtagsfraktion hat mit dem Koalitionspartner CDU einen fairen Kompromiss für Anlieger und Kommunen gefunden. „Wir werden finanzielle Überforderungen bei den Straßenausbaubeiträgen in Zukunft verhindern, die Anlieger wirksam entlasten und den Kommunen die entgangenen Beiträge ausgleichen“, sagt Henning Höne, kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Dafür stellt das Land in einem Förderprogramm ab 2020 jährlich 65 Millionen bereit. Nicht genutzte Mittel werden auf das Folgejahr übertragen. „Wir bleiben finanzpolitisch seriös und können zugleich eine Entlastung der Beitragszahler realisieren“, betont Höne. Will eine Kommune am Förderprogramm teilnehmen, gelten für die Anlieger neu gestaffelte Beiträge. Die bisherigen Höchstsätze werden halbiert.

Die FDP-Fraktion ist zuversichtlich, dass diese Lösung auf die Zustimmung der Kommunalen Spitzenverbände stoßen wird. Der Bund der Steuerzahler hat bereits in einer Pressemitteilung deutlich gemacht, dass er die Pläne als „richtige Weichenstellung“ bewerte, und dass deren Umsetzung „für die Bürger eine erhebliche Entlastung“ bedeute. Die Entlastungen bei den Straßenausbaubeiträgen sollen rückwirkend für alle Maßnahmen gelten, die seit dem 1. Januar 2018 beschlossen wurden.

Für die FDP-Landtagsfraktion ist eine frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger bei Bauvorhaben wichtig. Im Kommunalabgabengesetz wird daher eine verpflichtende Bürgerbeteiligung eingeführt. „So können Betroffene im Vorfeld der Maßnahme Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung und die entstehenden Kosten nehmen.“ Um soziale Härten wirksam abzufedern, wird ein Rechtsanspruch auf Ratenzahlung zum marktüblichen Zinssatz im Gesetz verankert. Zudem gibt es künftig eine praktikable Härtefallregelung“, erläutert Höne.

Die Verbändeanhörung zum Gesetzentwurf hat die Landesregierung bereits eingeleitet. Die Verabschiedung des Gesetzes ist noch in diesem Jahr geplant, so dass es am 1. Januar 2020 in Kraft treten kann. ■

NEUE STAFFELUNG der Anliegerbeiträge

Anliegerstraßen:

- Anlieger: 40%, Kommune 20%

Haupterschließungsstraße:

- Anlieger: 30%, Kommune 40%

Hauptverkehrsstraße:

- Fahrbahn und Radwege: Anlieger: 10%, Kommune 60%
- Maßnahmen für ruhenden Verkehr: Anlieger 40%, Kommune 20%

Hauptgeschäftsstraße:

- Fahrbahn und Radwege: Anlieger: 35%, Kommune 30%
- Maßnahmen für ruhenden Verkehr: Anlieger 40%, Kommune 20%

LANDTAGSFRAKTION

LANDESENTWICKLUNGSPLAN

FORTSCHRITT STATT STILLSTAND



Der Landesentwicklungsplan (LEP) wird seinem Namen wieder gerecht. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat mit den Stimmen von FDP und CDU notwendige Änderungen am Landesentwicklungsplan beschlossen. Der Sprecher für Landesplanung der FDP-Landtagsfraktion, Jörn Freynick, erklärt: „Mit den Änderungen schaffen wir als NRW-Koalition neue Perspektiven für Kommunen und Unternehmen, für mehr Wohnraum, mehr Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum und mehr Chancen für Arbeitsplätze und Wohlstand.“

Ökologie und Ökonomie sind im neuen LEP in der Balance. Für die FDP-Landtagsfraktion war es besonders wichtig, die Interessen der Menschen, Aspekte des Umweltschutzes und die Wachstumschancen der Unternehmen miteinander zu verbinden. Landesentwicklung, insbesondere bei der Umsetzung von großen Infrastrukturprojekten, braucht die Akzeptanz der Menschen. „Der kommunalen und der regionalen Ebene geben wir mehr Entscheidungsspielräume. Die Akteure vor Ort wissen nämlich am besten um die Chancen und mögliche Konflikte und können diese abwägen und lösen“, betonte Jörn Freynick.

Mit den Änderungen bei der Windenergie wird das Ziel, den Ausbau der Windenergie wieder in geordnete Bahnen zu lenken, umgesetzt. Mit einem planerischen Vorsorgeabstand von 1.500 Metern zur Wohnbebauung und der Abschaffung der Privilegierung von Windenergie im Wald wird Sorge für Mensch und Natur getragen.

Freynick sieht mit den Änderungen am LEP echte Entwicklungsmöglichkeiten: „Als NRW-Koalition setzen wir auf Fortschritt statt Stillstand. Der neue LEP ist dafür ein wichtiger Schritt.“ ■

LANDESVERBAND
BUNDESPARTEITAG



Ein Land wächst mit seinen Menschen

Der diesjährige, 70. ordentliche Bundesparteitag fand vom 26. bis zum 28. April inzwischen traditionell in der Station Berlin statt. Auf der Tagesordnung stand neben der Beratung einer Vielzahl von Anträgen insbesondere die Wahl eines neuen Bundesvorstandes.

Dem neuen Bundesvorstand der Freien Demokraten gehören insgesamt sieben Mitglieder aus NRW an – ein starkes Ergebnis für den größten Landesverband. Mit 86,64 Prozent wurde Christian Lindner im Amt des Bundesvorsitzenden bestätigt. Er unterstrich in seiner Rede: „Wir haben gesagt, wir wollen nur das vertreten, wovon wir wirklich überzeugt sind, selbst, wenn es einmal Widerstand gibt. Und genau diese Charakterfrage, diese Haltungsfrage, liebe Freundinnen und Freunde, sollten wir nicht verändern. Es ist nicht schlimm, angegriffen zu werden, weil man für etwas steht. Es ist nur schlimm, angegriffen zu werden, wenn man für nichts steht und das sollte uns niemals wieder passieren.“

ALLE ERGEBNISSE UND BESCHLÜSSE DES
BUNDESPARTEITAGES FINDEN SIE HIER:



fdp.de/content/70-ordentlicher-bundesparteitag-der-fdp

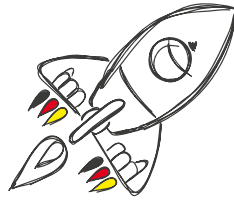
Aus NRW wurden in den Bundesvorstand mit sehr guten Ergebnissen außerdem gewählt: Andreas Reichel, Otto Fricke, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Johannes Vogel, Yvonne Gebauer und Bijan Djir-Sarai.

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Debatte stand der Leitartikel des Bundesvorstandes, der das Vorankommen durch eigene Leistung sowie weltbeste Bildung und eine starke Wirtschaft in den Fokus gerückt hat.

Daneben wurde intensiv über die Position der Freien Demokraten in der Klimapolitik beraten. Dabei unterstrichen die Delegierten nochmals, dass sich die FDP mit Nachdruck für eine Ausweitung des Emissionshandels auf die Bereiche Verkehr, Wärme und Landwirtschaft einsetzt und Deutschland hier im Zweifel auch national vorangehen sollte. Ebenfalls ausführlich beraten wurde der Antrag „Freiheit durch Emanzipation – Liberale Agenda für Selbstbestimmung und Vielfalt“, der ein Ergebnis der AG Chancen durch Vielfalt der Bundespartei ist. ■

LANDESVERBAND

MELDUNG // GRÜNDERREPUBLIK

Gründerrepublik
Deutschland

Die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag haben die Gründerrepublik Deutschland ausgerufen. „Die sinkende Zahl der Gründungen in Deutschland ist ein Alarmsignal. Denn Gründer schaffen wirtschaftliche Dynamik und Innovation. Wir brauchen wieder mehr Gründer, auch um Zukunftsfragen zu lösen. Der technologische Fortschritt, den wir im Kampf gegen den Klimawandel brauchen, wird vor allen Dingen in vielen neuen Startups, mit ganz neuen, kreativen Lösungsansätzen entstehen“, weiß der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP im Deutschen Bundestag, Dr. Marco Buschmann. Konkret setzen sich die Freien Demokraten beispielsweise für die Entlastung von Bürokratie ein: „Wir wollen hier nach dem Modell der Regulatory Sandbox vorgehen“, so Buschmann. Regulatory Sandbox seien Freiheitszonen: „Wenn jemand eine neue Idee hat, wenn sich jemand

LANDESVERBAND

AUS DER BUNDESTAGSFRAKTION

Verbraucher in der
digitalen Welt stark
machen

Katharina Willkomm,
verbraucherschutz-
politische Sprecherin der
FDP-Bundestagsfraktion

Die verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Freien Demokraten in Bundestag, Katharina Willkomm, will Verbraucherinnen und Verbraucher in der digitalen Welt stark machen. Ziel sei es, dass Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen mündig und eigenverantwortlich treffen können, so die Abgeordnete aus NRW. Um diesem Anspruch auch in der digitalen Welt gerecht zu werden, hat sie einige Maßnahmen aufgeführt. Beispiel: „Bewusste Entscheidungen setzen erstens transparente Informationen voraus. Vergleichs- und Beratungsportale, App-Stores, Online-Marktplätze und Suchmaschinen haben hierbei deutlichen Nachholbedarf. Bei den Ergebnislisten dieser Dienste muss nachvollziehbar sein, wie sich ein bestimmter Ranglistenplatz ergibt.“ Weitere Möglichkeiten wären verpflichtende Interoperabilität zwischen Systemen und digitalen Diensten oder verbesserte Produkthaftung für Digitalprodukte. ■

LANDESVERBAND

AUS DER BUNDESTAGSFRAKTION

Küken töten
europaweit
unterbinden

Karlheinz Busen,
forstwirtschaftspolitische
Sprecher der
FDP-Bundestagsfraktion

Karlheinz Busen, Abgeordneter der FDP-Bundestagsfraktion aus Nordrhein-Westfalen, hält das massenhafte Vergasen von Küken in Brütereien für ethisch unvertretbar. Nationale Alleingänge Deutschlands führten hier aber nur zu einer Verdrängung in andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. „Das Küken töten muss europaweit unterbunden werden. Es gibt inzwischen technische Möglichkeiten, das Geschlecht von Küken vor dem Ausbrüten zu erkennen. Diese müssen in der Fläche genutzt werden, um das ethisch unvertretbare Töten von Millionen von Küken jedes Jahr zu unterbinden“, so das Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Bundestages. „Wir wollen einen echten Mehrwert für den Tierschutz. Das gelingt uns nur auf europäischer Ebene. Die Bundesregierung muss sich deshalb in Brüssel zügig für eine europäisch einheitliche Regelung einsetzen“, so der Freie Demokrat. ■



Dr. Marco Buschmann, Erster
Parlamentarischer Geschäftsführer
der FDP-Bundestagsfraktion

Johannes Vogel, arbeitsmarkt-
und rentenpolitischer Sprecher der
FDP-Bundestagsfraktion



selbstständig machen will, wenn jemand ein neues Geschäftsmodell erproben will, dann soll er die Chance haben, nicht sofort unter der Volllast der deutschen Bürokratie zu stehen, sondern einfach zu starten.“

Eine weitere Forderung auf dem Weg zur Gründerrepublik Deutschland bringt Johannes Vogel ein: „Selbstständige dürfen nicht länger wie Erwerbstätige zweiter Klasse behandelt werden. Sie verdienen Unterstützung.“ Konkret zielt er unter anderem auf die sogenannten Statusfeststellungsverfahren der Sozialversicherungsträger ab, die kein konkretes Regelwerk vorgeben und Unsicherheit für die Betroffenen bedeuten. „Wir brauchen klare Positivkriterien, die zu einer verbindlichen Feststellung von Selbstständigkeit führen. Dazu gehören Honorargrenzen und der Nachweis einer Altersvorsorge“, so Vogel. ■

LANDTAGSFRAKTION
 WERKSTATTGESPRÄCHE


Wi(e)der das Wegsehen!

Über den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland und dessen Auswirkungen hat die FDP-Fraktion in einem Werkstattgespräch mit etwa 70 Gästen diskutiert. Die Diskutanten waren Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW, Lorenz Deutsch, Sprecher für Kulturpolitik der FDP-Landtagsfraktion, Bijan Djir-Sarai, außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Michael Rubinstein, Geschäftsführer des Landesverbands der jüdischen Gemeinden von Nordrhein. Moderiert wurde die Runde von Walter Klitz, ehemaliger Direktor der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Israel und den palästinensischen Gebieten. Die Teilnehmer machten deutlich, dass die Bekämpfung von Antisemitismus eine Verantwortung der gesamten Gesellschaft ist. Es wurden konkrete Ideen zur Prävention und Sensibilisierung diskutiert, die als Anregungen für die weitere politische Arbeit dienen. ■

Arbeitswelt im Wandel – Berufliche Bildung 2025

Wie kann die berufliche Bildung in Deutschland im Zuge der Digitalisierung weiterentwickelt werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Werkstattgesprächs mit Martina Hannen, der Sprecherin für schulische Aus- und Weiterbildung der FDP-Fraktion und Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. Robert Schweizog, Geschäftsführer Bildung und Fachkräfte der IHK NRW, Dr. Maribel Illig, Geschäftsführerin der Handwerkskammer OWL und Leiterin der Abteilung Berufsbildungszentrum und Hilmar von Zedlitz-Neukirch, Vorsitzender des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, waren als Experten und Impulsgeber dabei. In einer lebhaften Diskussion mit rund 50 Gästen gab es gute Vorschläge dafür, wie berufliche Bildung sich entwickeln sollte. ■



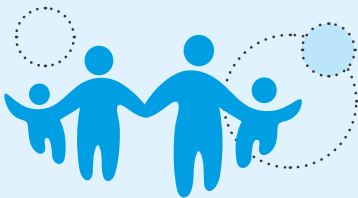
eSports und Gaming – im Wettkampf mit dem Sport?

Mehr als 40 Gäste waren im Landtag, um mit Susanne Schneider, der gesundheitspolitischen Sprecherin, Andreas Terhaag, dem sportpolitischen Sprecher und Thomas Nückel, dem medienpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, über das Thema eSport zu diskutieren. Dabei ging es unter anderem um die Frage, ob eSport als echter Sport zählt. Gerrit Stukemeier, Profi-eSportler, Niklas Timmermann, Vizepräsident des eSport-Bunds Deutschland und Jens Wortmann, Vizepräsident Sportjugend des Landessportbunds NRW, befassten sich mit dieser Frage. Es wurde klar, dass die Meinungen beim Thema eSport stark auseinandergehen. Es gab viele interessante Anregungen, wie eSport gemeinnützig bedient werden könnte. ■

ESPORT

LAND FÖRDERT KINDERWUNSCHBEHANDLUNG

Ab diesem Jahr fördert das Land Paare bei der Kinderwunschbehandlung. Allein für 2019 werden 3,7 Millionen Euro bereitgestellt, um Paare bei ihrer Familiengründung zu unterstützen. „Ich freue mich, dass die Landesregierung die finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen auf den Weg gebracht hat. Denn der Kinderwunsch darf nicht am Geld scheitern“, sagte Familienminister Dr. Joachim Stamp bei der Vorstellung des Förderprogramms. Die Antragstellung kann ab Ende August mit einem Onlineantrag erfolgen. ■



REKORD BEI KITA AUSBAU

Zum beginnenden Kindergartenjahr verzeichnet NRW den größten Zuwachs an Plätzen in der Kindertagesbetreuung seit dem Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes im Jahre 2008/2009. In NRW stehen damit im nächsten Jahr über 644.000 Kita-Plätze zur Verfügung, zusammen mit der Kindertagespflege sind es insgesamt 710.819 Betreuungsplätze in NRW. „Die frühkindliche Bildung ist für die Landesregierung ein zentrales Anliegen. Deswegen freue ich mich über die positive Entwicklung. Unsere Anstrengung, mehr Betreuungsplätze zu schaffen, zeigt Wirkung. Aber wir wissen auch, dass wir den Bedarfen der Eltern in unserem Land noch stärker gerecht werden müssen“, sagte Familienminister Dr. Joachim Stamp. Mit der Reform des KiBiz werden ab dem nächsten Kita-Jahr zudem pro Jahr rund 1,3 Milliarden Euro zusätzlich für eine weitere Verbesserung der Betreuungsqualität und eine Ausweitung des Platzangebots in die frühkindliche Bildung fließen. ■



Aus der Landesregierung

UMSTELLUNG G8/G9

Mit dem Beschluss des Gesetzes für den G9-Belastungsausgleich durch den Landtag sind die rechtlichen Grundlagen für die G8/G9-Umstellung und die Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium (G9) geschaffen. „Ich bin stolz, dass wir mit der Leitentscheidung für G9 eines der größten Reformprojekte dieser Landesregierung innerhalb von nicht einmal zwei Jahren ohne Gegenstimme auf den Weg bringen konnten. Das zeigt: Die Landesregierung hat gründlich und dennoch zügig gearbeitet“, sagte Schulministerin Yvonne Gebauer. Die Gymnasien könnten nun endlich wieder in Ruhe arbeiten. ■

ERSTE TALENTSCHULEN STARTEN ZUM NEUEN SCHULJAHR

Mit Beginn des neuen Schuljahres werden die ersten 35 Talentschulen in den entsprechenden Schulversuch starten. Schulministerin Yvonne Gebauer erklärte dazu: „Jede Schule soll Wege finden, wie ihre Schülerinnen und Schüler am besten von dem Schulversuch profitieren können. Die Erfahrungen an den Talentschulen sollen zukünftig auch für andere Schulen beispielgebend sein und so dazu beitragen, dass wir in ganz Nordrhein-Westfalen unserem Ziel näherkommen, die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern im Bildungsbereich zu überwinden und allen Kindern und Jugendlichen faire Aufstiegschancen zu eröffnen.“ In einem zweiten Schritt sollen 25 weitere Talentschulen ausgewählt werden. ■

LANDESVERBAND

AUS DER LANDESREGIERUNG

ENTFESSELUNGSPAKET IV VORGESTELLT

Wirtschafts- und Energieminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart hat das von der Landesregierung beschlossene Entfesselungspaket IV vorgestellt. Ziel ist die Beschleunigung der Tagebauplanungen und des notwendigen Strukturwandels im Rheinischen Revier. „Um diese Jahrhundertaufgabe zu bewältigen, brauchen wir dringend schnellere, unkomplizierte und effiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren“, sagte Prof. Dr. Andreas Pinkwart und unterstrich: „Was im Rheinischen Revier gelingt, kann dann Vorbild für alle Landesteile sein. Die dabei entwickelten Standards wollen wir schrittweise auf alle Regionen übertragen und so noch attraktivere Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen in ganz NRW schaffen.“ ■

FORSCHUNGSFABRIK FÜR BATTERIEZELLPRODUKTION KOMMT NACH NRW

Mit Erfolg hat NRW für die Ansiedlung der deutschlandweit einzigartigen „Forschungsfertigung Batterie zelle“ geworben – der Zuschlag ging an Münster. „Das ist ein Meilenstein für die Batterieentwicklung in Nordrhein-Westfalen: Unternehmen aus dem Bundesgebiet, aber auch aus China, Südkorea, Mexiko, den Niederlanden, Belgien und Frankreich haben unsere Bewerbung unterstützt, weil sie um die herausragende Qualität des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen wissen“, sagte Wirtschafts- und Innovationsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart. ■



Dr. Werner Pfeil wurde 1966 in Stollberg geboren. Er studierte Jura in Trier und wurde 1998 promoviert. Pfeil ist selbstständiger Rechtsanwalt.

In der FDP engagiert er sich seit 1999, seit 2006 ist er Vorsitzender des Kreisverbandes Aachen-Land und stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Aachen. Dem Landesvorstand gehört er seit 2014 an. Kommunalpolitisch ist er als Mitglied im StädteRegionstag aktiv.

Bei der Landtagswahl 2017 zog er erstmalig in den Landtag NRW ein und ist Sprecher der FDP-Landtagsfraktion für Feuerwehr und Katastrophenschutz sowie Sprecher im Wahlprüfungsausschuss. Zudem ist er Vorsitzender des Rechstausschusses im Landtag.

FRAGEBOGEN

Dr. Werner Pfeil

LANDTAGSFRAKTION

FRAGEBOGEN

Sie sind seit 2017 Landtagsabgeordneter. War der Wechsel aus Ihrem bisherigen Beruf in das Mandat einfach?

Pfeil: Es war eine komplett neue Aufgabe, die ich übernehmen durfte und die für mich mit vielfältigen neuen Erfahrungen verbunden war und nach wie vor ist. Der Wechsel war daher spannend und aufregend.

Was ist der größte Unterschied?

Pfeil: Als Rechtsanwalt kämpft man für die Interessen seiner Mandanten und für eine gerechte Entscheidung vor Gericht bzw. ein gerechtes Ergebnis. Als Politiker kämpft man für die Umsetzung der politischen Ziele zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Wann und warum haben Sie entschieden, sich politisch zu engagieren?

Pfeil: Die Entscheidung liegt schon Jahre zurück und mich hat Hans-Dietrich Genscher damals fasziniert. Seine Person hat mich bewogen in die FDP einzutreten. Das Thema Bürgerrechte, Freiheit und Selbstbestimmung waren und sind die Lebensbereiche, die für mein Handeln wichtig sind.

Sie sind seit vielen Jahren im Aachener Karnevals Verein AKV aktiv, seit 2010 Präsident. Wie passen Karneval und Politik zusammen?

Pfeil: Beides ist für die Menschen da. Und da wir doch alle ein bisschen „Jeck“ und jeder auf seine Art anders und besonders sind, schließen sich Karneval und Politik nicht aus. ■

Lesen Sie uns auch online!



fdp.nrw/liberal.nrw

fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw

...oder folgen Sie uns auf Social Media.



Youtube



Facebook



Twitter



Instagram

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)